

Sélection d'article sur la politique suisse

Requête	19.04.2024
Thème	Sans restriction
Mot-clés	Salaires
Acteurs	Sans restriction
Type de processus	Études / Statistiques
Date	01.01.1990 - 01.01.2020

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Benteli, Marianne
Bernhard, Laurent
Burgos, Elie
Bühlmann, Marc
Giger, Nathalie
Heidelberger, Anja
Hirter, Hans
Käppeli, Anita
Porcellana, Diane
Zumbach, David

Citations préféré

Benteli, Marianne; Bernhard, Laurent; Burgos, Elie; Bühlmann, Marc; Giger, Nathalie; Heidelberger, Anja; Hirter, Hans; Käppeli, Anita; Porcellana, Diane; Zumbach, David 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Salaires, Études / Statistiques, 1990 – 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 19.04.2024.

Sommaire

Chronique générale	1
Eléments du système politique	1
Institutions et droits populaires	1
Mandat parlementaire	1
Politique étrangère	2
Relations avec l'UE	2
Politique sociale	2
Population et travail	2
Marché du travail	2
Salaires	4
Relations collectives du travail	15
Assurances sociales	15
Assurance-vieillesse et survivants (AVS)	15
Groupes sociaux	16
Femmes et politique de parité	16

Abréviations

EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
BFS	Bundesamt für Statistik
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
EU	Europäische Union
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
SKV	Schweizerischer Kaufmännischer Verband (Vorgänger kfmv)
NAV	Normalarbeitsverträge
SMUV	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

AELE	Association européenne de libre-échange
SECO	Secrétariat d'Etat à l'économie
EPF	École polytechnique fédérale
OFS	Office fédéral de la statistique
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
UE	Union européenne
ESPA	Enquête suisse sur la population active
PIB	Produit intérieur brut
CCT	Convention collective de travail
OFIAMT	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
SEC	Société des employés de commerce (prédécesseur du secsuisse)
CTT	Contrats-types de travail
FTMH	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)

Chronique générale

Eléments du système politique

Institutions et droits populaires

Mandat parlementaire

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 25.04.2017
MARC BÜHLMANN

Ende April erschien der von Forschenden der Universität Genf im Auftrag der Verwaltungsdelegation erstellte **Bericht über Einkommen und Arbeitsaufwand der Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier**. Die Studie stützt sich auf Daten der Parlamentsdienste und Befragungsdaten von Ratsmitgliedern der 49. Legislatur. Das Einkommen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern besteht aus unterschiedlichen Teilen: Eine pauschale Entschädigung wird zur Deckung von Personal- und Sachausgaben, besonderen Auslagen (Mahlzeiten, Übernachtungen) und weiteren Nebenleistungen erstattet; zusätzlich werden eine Jahresentschädigung sowie Taggelder ausbezahlt; AHV-Beiträge und ein Vorsorgebeitrag (anstelle der beruflichen Vorsorge) runden das Einkommen ab. Die Beiträge verstehen sich als Entschädigung für die Ratsarbeit im engeren Sinne, nicht aber für Arbeit, die im Zusammenhang mit dem Parlamentsmandat entstehen kann, wie z.B. Kontakte mit der Öffentlichkeit oder Parteiarbeit.

Laut Studie gab der Bund in der 49. Legislatur pro Jahr CHF 37.4 Mio. für Entschädigungen an Parlamentsmitglieder aus, wobei die Pauschalentschädigungen rund 45% dieser Summe ausmachten, Jahreseinkommen und Taggeld 48% und die Vorsorge mit 7% zu Buche schlug. CHF 8 Mio. wurden an die Ständerätinnen und Ständeräte und CHF 29,4 Mio. an die Mitglieder des Nationalrates ausbezahlt. Der Medianbruttolohn im Ständerat betrug entsprechend CHF 79'500 und im Nationalrat CHF 68'400 (Median = je die Hälfte der Ratsmitglieder verdienen mehr bzw. weniger als diesen Betrag). Hinzu kommen nicht ausgegebene Pauschalentschädigungen sowie ein indirektes Einkommen von rund CHF 30'000 für jene Ratsmitglieder, die keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter beschäftigen. Auch Parlamentsmitglieder, die Mitarbeitende beschäftigen, können in der Regel einen Teil dieser CHF 30'000 in die eigene Tasche stecken – die Studie weist hier einen Median von rund CHF 12'000 aus, je nachdem, wie gut diese Mitarbeitenden entschädigt werden. Insgesamt kommt ein Mitglied des Ständerats somit auf einen Medianlohn vor Steuern zwischen CHF 69'300 (mit Mitarbeitenden) und CHF 92'200 (ohne Mitarbeitende) und eine Volksvertreterin bzw. ein Volksvertreter auf einen Medianlohn zwischen CHF 63'000 (mit Mitarbeitenden) und CHF 91'900 (ohne Mitarbeitende).

Für diese Entschädigung arbeitete ein Parlamentsmitglied im Median pro Jahr rund 1000 Stunden, wovon rund die Hälfte auf Kommissions- bzw. Ratssitzungen entfallen, wobei die Ständerätinnen und -räte etwas mehr Zeit in Kommissions- und etwas weniger in Ratssitzungen verbrachten, während dieses Verhältnis für die Mitglieder der grossen Kammer umgekehrt war. Die restlichen 500 Stunden entfallen auf die Vorbereitung der Sitzungen. Interessanterweise unterscheidet sich der Zeitaufwand für diese Vorbereitung nicht zwischen Ratsmitgliedern mit oder ohne Mitarbeitende. Insgesamt weist ein Ratsmitglied im Median damit einen Beschäftigungsgrad von 50% aus (gemessen an einer 42-Stunden-Woche).

Bei der Befragung gaben die Rätinnen und Räte auch den Stundenaufwand für parlamentarische Arbeit im weiteren Sinne an, für Aufwand also, der im Zusammenhang mit dem Parlamentsmandat erbracht wird. Dieser variiert laut Studie beträchtlich. Er umfasst im Median für Nationalrätinnen und Nationalräte 720 Stunden (Beschäftigungsgrad von 36%) und für Ständerätinnen und Ständeräte 480 Stunden (Beschäftigungsgrad von 24%).

Die Studie zieht zudem Vergleiche mit der Privatwirtschaft. Wenn lediglich die Beschäftigung (und Entlohnung) der Parlamentsarbeit im engeren Sinne berücksichtigt wird, entspricht der Lohn eines Parlamentsmitglieds in etwa dem der ISCO-Code 11 (Geschäftsführer eines Informatikkleinbetriebs mit 20 Mitarbeitenden). Die Studie kommt zum Schluss, dass der bereinigte Stundenlohn der Parlamentarierinnen und Parlamentarier – ohne Berücksichtigung des nebenparlamentarischen Aufwands – „im Allgemeinen höher als jener in der Privatwirtschaft“ sei.

In der Presse wurde die Studie insbesondere im Hinblick auf die Zukunft des Milizparlaments kommentiert. De facto handle es sich vor allem in Anbetracht des Aufwandes um ein Berufsparlament. Von Milizarbeit könne bei einem Arbeitsaufwand von bis zu 86% (also 50% Parlamentsarbeit im engeren plus 36% im weiteren Sinne) kaum mehr gesprochen werden. In einigen Medien wurde zudem Anstoss genommen an den hohen Spesenentschädigungen, die pauschal vergütet aber eigentlich gar nicht beansprucht werden. In der „Aargauer Zeitung“ wurde dies damit umschrieben, dass

jemand „9540 Franken Hotel-Pauschale fürs Daheim-Schlafen“ erhalte. Eine parlamentarische Initiative Eder wollte sich in der Folge dem Problem der Übernachtungsentschädigung annehmen.¹

Politique étrangère

Relations avec l'UE

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 29.06.2005
ELIE BURGOS

Le Seco a présenté, durant l'année sous revue, **deux rapports relatifs à la question de la libre circulation** des personnes. Le premier a conclu que les **conditions de salaire et de travail** ont été **respectées** depuis la mise en application de la libre circulation en juin 2004. Le second rapport, réalisé conjointement avec l'Office fédéral des migrations et l'OFS, a mis en lumière que la vague migratoire vers la Suisse n'a pas eu lieu dès 2002, comme le laissaient entendre les opposants à la libre circulation. Au contraire, l'immigration a légèrement diminué entre le 1er juin 2002 et le 31 décembre 2004. La libre circulation n'a en outre pas eu d'effet sensible sur le taux de chômage, celui des Suisses restant deux fois moins important que celui des étrangers. Quant au dumping salarial, sur 14 000 contrats contrôlés, seuls 354 cas ont été recensés, soit une proportion de 2,5%.²

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 27.05.2011
ANITA KÄPPELI

Eine vom SECO bestellte Evaluation der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit durch das zuständige Observatorium, welcher ebenfalls im Mai publiziert wurde, zeigte das beträchtliche **Ausmass an Lohndumping** in der Schweiz auf. Vor allem im Bau- und Reinigungsgewerbe wurden die in den Gesamtarbeitsverträgen festgesetzten Löhne in beinahe 40 Prozent der kontrollierten Fälle von EU-Firmen unterschritten. Sowohl Gewerkschaften als auch Parteien forderten daraufhin klare Massnahmen, um diese Entwicklung zu bekämpfen. Dennoch zog das SECO eine insgesamt positive Bilanz der Funktionsweise der Verträge über die Personenfreizügigkeit für die Schweiz.³

Politique sociale

Population et travail

Marché du travail

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 22.07.1992
MARIANNE BENTELI

Das BFS legte die Ergebnisse der 1991 erstmals durchgeführten **schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE)** vor. Danach wird in der Schweiz im Schnitt 43 1/4 Stunden pro Woche gearbeitet, Überstunden nicht eingerechnet, wobei Überzeit um so häufiger vorkommt, je höher die berufliche Stellung ist. Knapp ein Viertel der 16 000 Befragten gaben an, sie würden gerne weniger als hundert Prozent arbeiten und wären bereit, dafür eine entsprechende Lohneinbusse in Kauf zu nehmen. Am häufigsten nicht voll erwerbstätig sind die Frauen. Insgesamt arbeiten 48% der Arbeitnehmerinnen voll, bei den Männern sind es 92%. Die Begründung der Teilzeitarbeit brachte zum Ausdruck, wie stark die Gesellschaft immer noch vom traditionellen Rollenverständnis geprägt ist. Drei Viertel der teilzeitarbeitenden Frauen gaben als Grund für ihr eingeschränktes Pensum die Kinderbetreuung an, während die Männer, die ihre Arbeitszeit reduzierten, dies primär aus Gründen der berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung taten.

Mehr als die Hälfte (56%) der Mütter mit schulpflichtigen Kindern sind erwerbstätig. Meist handelt es sich dabei um Engagements von geringem Umfang. Wenn die Mutter arbeitet, wird die Kinderbetreuung in 38% der Fälle von andern Personen im gleichen Haushalt übernommen. Ein Viertel der Kinder wird ausserhalb des Haushalts von Verwandten, Tagesmüttern oder in Krippen betreut. Ein weiteres Viertel der Kinder bleibt während der Arbeitszeit der Mutter allein.

Ferner ergab die Umfrage, dass unregelmässige Arbeitszeiten häufig sind. Jede vierte erwerbstätige Person arbeitet auch am Abend oder nachts. An Wochenenden sind 40% beschäftigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten es relativ lange an der selben Stelle aus. Fast die Hälfte der Befragten arbeitete seit über sechs Jahren am gleichen Ort. Auch die Antworten der Arbeitslosen deuteten auf eine geringe geographische Mobilität der Schweizer Erwerbstätigen hin. Nur ein Fünftel signalisierte die

Bereitschaft, für eine Stelle in eine andere Region zu ziehen. Männer und Mieter gaben sich dabei umzugsfreudiger als Frauen und Hauseigentümer.

Bei den Löhnen stellte die Studie signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen fest. In den untern Einkommensgruppen überwiegen die Frauen, in den oberen die Männer, was mit der unterschiedlichen Ausbildung, der beruflichen Stellung und der Branchenzugehörigkeit erklärt wurde. Gesamthaft bezog die Hälfte aller Voll- und Teilerwerbstätigen ein Nettoeinkommen von weniger als 45 000 Fr. und nur gerade 10% mehr als 84 000 Fr. ⁴

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2000
MARIANNE BENTELI

Wie eine neue deutsche Studie zu den Arbeitskosten in der Industrie im internationalen Vergleich zeigte, ist der **Arbeitsplatz Schweiz teuer, aber effizient**. Eine Stunde Arbeit (inklusive alle Nebenlohnelemente) kostet den Arbeitgeber in der Schweiz durchschnittlich 36.20 Fr. Nur in Dänemark (36.40 Fr.), Norwegen (37.90 Fr.) und Westdeutschland (40.30 Fr.) ist die Arbeitsstunde noch teurer. Die Belastung mit Lohnnebenkosten (53% des Durchschnittsstundenlohnes) liegt hingegen unter dem internationalen Durchschnitt. In Italien beispielsweise betragen diese Zusatzkosten 100%, und auch in Westdeutschland und Japan bewegen sie sich deutlich über Schweizer Niveau. Den hohen Arbeitskosten in der Schweizer Industrie steht eine **starke Produktivität** gegenüber. Hinter Norwegen, aber noch vor den USA, Japan und Dänemark, liegt die Schweiz hier auf Rang zwei. 146 400 Fr. erarbeitete ein Schweizer Industriearbeiter 1999 – gegenüber 141'900 Fr. in den USA, 141'500 Fr. in Japan, 127'500 Fr. in Dänemark und 113'000 Fr. in Deutschland. ⁵

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 06.02.2004
MARIANNE BENTELI

Arbeit auf Abruf, Temporärarstellung via Personalverleih, Heimarbeit ohne festgelegte Stundenzahl: Solche Arbeitsverhältnisse gelten gemäss einer vom Seco in Auftrag gegebenen Studie als „prekär“, allerdings nur dann, wenn die damit verbundenen Unsicherheiten finanziell nicht abgegolten werden, das heisst wenn der auf eine 100%-Stelle gerechnete Lohn unter CHF 3'500 liegt. Gemäss dieser Definition arbeiten in der Schweiz rund 150'000 Personen in **prekären Arbeitsverhältnissen**, was 3,8% aller Erwerbstätigen entspricht. Der grösste Teil entfällt auf Arbeit auf Abruf (38%), danach folgen befristete Arbeitsverhältnisse (21%), Heimarbeit ohne festgelegte Stundenzahl (16%), Scheinselbständigkeit (13%), unerwünschte Teilzeitarbeit mit unregelmässigen Arbeitszeiten (8%) sowie Temporärarbeit (4%). Diese Arbeitsformen treten erwartungsgemäss vor allem bei Tätigkeiten in privaten Haushalten, im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft sowie bei den persönlichen Dienstleistungen auf. Frauen, Personen unter 25 Jahren und solche ohne Lehrabschluss sind besonders betroffen. Ein Zusammenhang mit Nationalität und Sprachregion konnte nicht festgestellt werden, wohl aber mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. ⁶

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 03.07.2018
DIANE PORCELLANA

D'après le **quatorzième rapport de l'Observatoire sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE**, le solde migratoire par rapport à l'UE/AELE se montait à 31'250 personnes pour l'année 2017. Par rapport à 2016, il y a eu un recul de 11 points de pourcentage. En incluant l'immigration en provenance des Etats tiers, le bilan migratoire atteignait 53'950 individus. Les immigrés de l'Europe du Sud ont été moins nombreux en raison de l'amélioration de leurs perspectives d'emplois sur leur marché du travail. L'immigration allemande et française est restée stable, alors que le Portugal a affiché un solde négatif. Les Bulgares et les Roumains ont été les plus nombreux à immigrer. Toutefois, la Suisse n'est toujours pas le pays prioritaire pour la main-d'œuvre en provenance d'Europe de l'Est. La libre circulation des personnes a su satisfaire la demande en main-d'œuvre bien qualifiée de ces dernières années. Ainsi, 54% des immigrés étaient titulaires d'une formation tertiaire – les Français représentaient 70%, les Allemands 63%, les Italiens 50% et les Portugais 13%. Ils ont pu occuper des postes correspondant à leur niveau de qualification et également percevoir des salaires similaires à ceux de la population résidente présentant les mêmes caractéristiques. Néanmoins, les immigrés qualifiés d'Europe du Sud et de l'Est ne sont parfois pas parvenus à maximiser leurs diplômes de formation, engendrant des écarts salariaux. Une des explications serait les lacunes linguistiques. Alors que la demande de main-d'œuvre qualifiée est toujours soutenue, la main-d'œuvre aux qualifications moins élevées est aussi recherchée. En effet, la proportion de personnes sans formation scolaire post-obligatoire a nettement reculé ces dernières années en Suisse. En raison de la législation helvétique, il n'est plus possible de recruter de la main-d'œuvre faiblement qualifiée dans les Etats tiers, si bien que ce besoin est

également couvert par les immigrés de la zone UE, notamment d'Europe du Sud et de l'Est. Le taux d'activité des ressortissants de l'UE s'élevait à 87.2% en 2017, contre 84% en moyenne nationale et 84.4% pour les Suisses. Il n'y a pas eu de préjudice à la population indigène. Le risque de chômage des Suisses est toujours bas, depuis des années, tandis que la participation des immigrés au marché du travail progresse. Il ressort que les immigrés d'Europe du Sud et de l'Est sont davantage exposés à un risque de chômage en raison de la structure de la formation et de l'emploi. D'après les prévisions, en raison de l'amélioration conjoncturelle synchrone de la zone UE, les entreprises suisses pourraient rencontrer des difficultés à recruter de la main d'œuvre dans la zone UE.⁷

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 01.07.2019
DIANE PORCELLANA

Le **quinzième rapport de l'Observatoire sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE** indique un solde migratoire de ressortissantes et ressortissants de l'UE/AELE de 31'200 personnes en 2018. La stabilité du solde par rapport à l'année précédente s'explique par la faible demande de main-d'œuvre et une amélioration de la situation du marché du travail dans cette zone. Pour le Portugal, le solde migratoire est à nouveau négatif (-2'600 personnes). L'immigration nette des ressortissantes et ressortissants des Etats tiers est de 23'500 personnes. Le bilan migratoire global atteint donc 54'600 individus, ce qui correspond à une part de la population immigrée de 32% par rapport au total de la main-d'œuvre suisse. Ainsi, la Suisse figure au deuxième rang au niveau européen, derrière le Luxembourg. L'arrivée d'une main-d'œuvre jeune a pu freiner le vieillissement de la population. Toutefois, la Suisse ne saurait tabler sur l'immigration pour atténuer le vieillissement démographique à long terme, puisque la part de la population en âge typique d'émigrer diminuera dans toutes les régions de l'UE ces prochaines quinze années. L'immigration n'écarte pas la population indigène du marché du travail. L'immigration en provenance de l'UE/AELE renforce la part de personnes hautement qualifiées et apporte, d'après le rapport, une «excellente complémentarité» sur le marché du travail suisse. Elle permet également d'éviter une croissance rapide des hauts salaires en comblant la pénurie de main-d'œuvre. A l'appui des projections conjoncturelles, la Suisse pourrait avoir des difficultés pour recruter de la main-d'œuvre européenne en raison d'un faible niveau de chômage global dans cette zone.⁸

Salaires

Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erlitten im Berichtsjahr Lohnneinbussen. Zwischen Oktober 1989 und Oktober 1990 stiegen die Löhne im Durchschnitt zwar um 5,9%, doch entstand bei einer gleichzeitigen Teuerung von 6,4% ein Verlust von 0,5 %. Frauen mussten eine Reallohnneinbusse von 0,7%, Männer eine solche von 0,5% hinnehmen. Dieser **Rückgang der Reallöhne** aufgrund einer in ihrem Umfang nicht voraussehbaren Teuerung bezeichnete das Biga als aussergewöhnliche Entwicklung, die sich kaum wiederholen werde. Für 1991 handelten die Sozialpartner Lohnerhöhungen zwischen 6 und 10% aus. Realloohnerhöhungen zusätzlich zum Teuerungsausgleich wurden vielerorts in Form von individuellen und leistungsbezogenen Aufbesserungen gewährt.⁹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 13.07.1990
MARIANNE BENTELI

Nominal erhöhten sich die Löhne im Berichtsjahr um einen Mittelwert von 6,9%, wodurch der Reallohnverlust des Vorjahres (-0,5%) kompensiert wurde. Unter Einbezug der durchschnittlichen Teuerung von 5,9% ergab sich damit allerdings nur ein **reales Lohnplus von 0,9%**. Mit 7,4% stiegen die Frauenlöhne stärker an als jene der Männer (+6,7%).¹⁰

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 25.03.1991
MARIANNE BENTELI

Eine breitangelegte Lohnerhebung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitervverbandes (SMUV) ergab, dass in der schweizerischen Maschinen- und Uhrenindustrie fast die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger als 3500 Fr. im Monat verdienen. Zudem klaffen die Löhne von Frauen und Männern nach wie vor weit auseinander: Während der Monatslohn 1990 bei 88% der Frauen unter dem Durchschnitt lag, galt dies nur für 27% der Männer. Besonders betroffen von tiefen Löhnen erwiesen sich Frauen mit mangelnder beruflicher Bildung. Eine Umfrage des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) führte zu ähnlichen Ergebnissen: Frauen verdienen im kaufmännischen Bereich bis zu 30%, im Verkauf bis zu 36% weniger als ihre männlichen Kollegen – ungelernete Verkäuferinnen müssen sich

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 04.07.1991
MARIANNE BENTELI

vierorts mit 2700 Fr. pro Monat begnügen.¹¹

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 23.12.1992
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr nahmen die Nominallöhne gesamthaft um 4,7% zu, was bei einer durchschnittlichen Teuerung von 4,0% einem **Reallohnzuwachs von 0,7%** entspricht. Der Nominalverdienst der Frauen stieg um 4,9% an, jener der Männer um 4,7%. Bei den Dienstleistungen erhöhten sich die Löhne mit 5,2% stärker als im Baugewerbe (4,6%) und in der verarbeitenden Produktion (4,1%). Für 1993 wurden gesamtarbeitsvertraglich im Mittel Lohnerhöhungen von 2,7% vereinbart.¹²

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 30.12.1992
MARIANNE BENTELI

Das Biga führte zusammen mit dem Service cantonal de statistique de Genève eine **Piloterhebung zur Lohnstruktur** im Kanton Genf durch. Zum erstenmal wurden dabei in der Schweiz im Rahmen der amtlichen Statistik individuelle Lohndaten bei den Unternehmungen erhoben, was als wichtiger Schritt in Richtung einer modernen, informativen und eurokompatiblen Schweizer Lohnstatistik gewertet wurde. Erste Resultate der Untersuchung zeigten, dass sich die Lohnunterschiede hauptsächlich mit dem Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes (insbesondere Ausbildung und Berufserfahrung des Arbeitnehmers), der beruflichen Stellung sowie dem Lebens- und dem Dienstalter erklären lassen. Mit einer Differenz von 17% lagen die Löhne der Frauen global gesehen deutlich unter jenen der Männer, was darauf zurückzuführen ist, dass die Frauen in Kaderfunktionen, wo sie ohnehin schwach vertreten sind, lohnmassig deutlich schlechter gestellt sind als ihre männlichen Kollegen. Bei vergleichbaren Tätigkeiten an Stellen ohne leitende Funktion waren die Lohnunterschiede relativ gering bis vernachlässigbar. In der Privatindustrie fanden sich grössere Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern als im öffentlichen Sektor, dessen Lohnskalen offenbar weniger Raum für geschlechtsspezifische Diskriminierungen lassen.¹³

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 05.01.1993
MARIANNE BENTELI

Eine Studie der Handelshochschule St.Gallen (HSG) zeigte, dass Frauen in der Schweiz bezüglich Lohn noch immer benachteiligt sind. Für gleiche Arbeit verdienen weibliche Angestellte im Durchschnitt acht Prozent weniger als Männer. Die **Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau** verstärkt sich mit zunehmender Qualifikation und höherem Alter. Besonders betroffen sind Branchen mit hohem Frauenanteil. Aber auch regionale Unterschiede wurden ausgemacht. Die höchsten Löhne werden laut HSG im zentralen Mittelland (AG, BL, BS, ZH und ZG) ausbezahlt. Im Durchschnitt wird in diesen Kantonen für eine vergleichbare Arbeit 3% mehr Lohn ausgerichtet als im westlichen Mittelland (BE, SO, FR, JU, VD, NE, GE). Auf Platz drei folgt die Ostschweiz (SG, AI, AR, TG, SH, GR) mit durchschnittlich 5% tieferen Löhnen.¹⁴

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 28.12.1993
MARIANNE BENTELI

Gemäss einer Umfrage der Schweiz. Gesellschaft für praktische Sozialforschung ist die **Deregulierung bei der Entlohnung in der Schweiz bereits weit fortgeschritten**. 62% der angefragten Unternehmer gaben an, bei ihnen sei der automatische Teuerungsausgleich abgeschafft. 36% haben im Zeichen der Rezession und der Veränderungen in der Arbeitswelt die Dienstalterkomponenten im Lohn abgebaut. Hingegen sind bei 78% der Firmen Leistungsanteile im Lohn berücksichtigt. 80% der ebenfalls befragten Arbeitnehmer empfinden diese Deregulierung als Lohndrückerei zu ihren Lasten. Allerdings meinten auch 69%, der Leistungsanreiz werde so erhöht. 75% waren der Meinung, die Arbeitsplätze würden dadurch sicherer. Deshalb beurteilte nur jeder dritte Arbeitnehmer die Deregulierung in der Entlohnung als ausdrücklich negativ.¹⁵

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 30.12.1993
MARIANNE BENTELI

Nach Angaben des Biga mussten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Berichtsjahr eine **Reallohneinbusse von 0,7%** hinnehmen. Die Nominallöhne stiegen um 2,6%, wobei die Frauen (+2,8%) etwas besser gestellt waren als die Männer (+2,5%). Der nominelle Lohnzuwachs für die verarbeitende Produktion fiel mit 2,6% kaum höher aus als für das Baugewerbe und die Dienstleistungen mit je 2,5%.¹⁶

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 30.12.1994
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr nahmen die Nominallöhne für die Gesamtheit der Arbeitnehmer um 1,5% zu, wobei die Zunahme bei den Männern durchschnittlich 1,5% und bei den Frauen 1,4% betrug. Der Lohnzuwachs für die verarbeitende Produktion fiel mit 1,8% höher aus als jener für das Baugewerbe (+1,4%) und die Dienstleistungen (+1,3%). Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Teuerung (+0,9%) ergab sich somit ein **Erhöhung der Reallöhne um 0,5%** (1993: -0,7%) [17]. In den Verhandlungen im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen wurden für 1994 im Mittel nominale Lohnerhöhungen von 2,3% vereinbart. Die Mindestlöhne wurden durchschnittlich im gleichen Umfang angehoben (+2,4%).¹⁷

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 09.06.1995
MARIANNE BENTELI

Eine im Frühjahr im Auftrag des Kaufmännischen Verbandes der Schweiz durchgeführte Studie, welche mehr als 10 000 Einzellöhne aus 350 Unternehmen verglich, zeigte nicht nur eine nach wie vor alarmierende **Lohndiskriminierung der Frauen** – bei gleicher Funktionsstufe, Branche und Alter bis rund 35% –, sondern wies auch generell bedeutende **Lohnunterschiede je nach Wohnort und Branche** nach. Die Erhebung teilte die Schweiz in drei Regionen ein. In der Region 1 (Genf, Stadt und Kanton Zürich) wird am meisten verdient; die Löhne liegen 5,7% über dem Schweizer Mittelwert. In der Region 2 (Basel, Mittelland, Ost- und Zentralschweiz) liegen sie dagegen 3,8% unter dem Schnitt, und in der Region 3 (Graubünden, Tessin, Wallis) gar 8% darunter. Bei den Branchen sind die Lohnunterschiede kleiner. Dienstleistungen (+3,7%) und Grosshandel (+1,9%) liegen über dem durchschnittlichen Lohnniveau, Detailhandel (-5,4%) und Industrie (-1,4%) darunter.¹⁸

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 07.09.1995
MARIANNE BENTELI

Laut einer jährlich durchgeführten Untersuchung gingen erstmals seit längerer Zeit die durchschnittlichen Bezüge der **Führungskräfte** in der Schweiz nominell zurück. Im Mittel erhielt ein Manager der obersten Ebene 1995 ein Bruttogehalt von 205 000 Fr., 5000 Fr. weniger als noch im Vorjahr. Nur die unterste Kaderstufe profitierte im Berichtsjahr von einem Anstieg der Löhne. Das Durchschnittsgehalt auf dieser Stufe stieg von 90 000 auf 95 000 Fr. Als wesentliches Merkmal der Studie zeigte sich auch, dass der durchschnittliche variable Lohnanteil gemessen am Fixlohn an Bedeutung gewinnt. Im obersten Lohnbereich von über 300 000 Fr. machte dieser Anteil 1995 im Durchschnitt bereits 27% aus, bei Kaderlöhnen unter 100 000 Fr. waren es dagegen lediglich 12%.¹⁹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 23.12.1995
MARIANNE BENTELI

Die **erste Lohnstrukturerhebung** des BFS, die auf rund 553 000 Lohndaten aus 10 000 Betrieben basiert, bestätigte die landläufige Vorstellung, wonach die Schweizer im Durchschnitt gut verdienen (4823 Fr. brutto pro Monat), der Bund im Mittel rund ein Viertel mehr bezahlt als die Privatwirtschaft und die Frauen bei gleichem Beschäftigungsgrad weniger Lohn erhalten (-24%) als die Männer. Zum Zeitpunkt der Erhebung (Oktober 1994) verdienten 25,5% der Arbeitnehmenden bei 40 Wochenstunden einen Bruttolohn zwischen 4000 Fr. und 5000 Fr.; 20,9% lagen in der Lohnklasse zwischen 3000 Fr. und 4000 Fr., 18,5% in jener zwischen 5000 Fr. und 6000 Fr. und 10,6% in jener zwischen 6000 Fr. und 7000 Fr.; 8,3% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten unter 2000 Fr., 4,7% mehr als 10 000 Fr. im Monat. Das Ausbildungsniveau erweist sich laut BFS nach wie vor als eine zentrale Bestimmungsgrösse des Lohnes. Personen mit Hochschulabschluss erhielten im Durchschnitt doppelt soviel Lohn (8656 Fr.) wie solche ohne abgeschlossene Berufsausbildung (3776 Fr.). Kaum einen Einfluss hat das Ausbildungsniveau hingegen bei der Lohndifferenz nach Geschlechtern. So verdienten beispielsweise Hochschulabsolventinnen 22%, Arbeitnehmerinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung 19% weniger als ihre männlichen Kollegen.²⁰

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 30.12.1995
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr nahmen die Nominallöhne für die Gesamtheit der Arbeitnehmenden um 1,3% zu, wobei die Zunahme bei den Männern durchschnittlich 1,1% und bei den Frauen 1,8% betrug. Das Baugewerbe verzeichnete einen Lohnanstieg von 1,8%, der Dienstleistungssektor von 1,4% und die verarbeitende Produktion von 0,9%. Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Teuerung (+1,8%) ergab sich somit ein **Rückgang der Reallöhne um 0,5%** (1994: +0,5%). In den Verhandlungen im Rahmen der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge wurden für 1995 im Mittel nominale Lohnerhöhungen von 1,4% vereinbart. Davon wurden 0,8% generell und 0,6% individuell ausgerichtet. Die Mindestlöhne stiegen durchschnittlich um 1,2%.²¹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 30.12.1996
MARIANNE BENTELI

Der Index der Nominallohne stieg gemäss Bundesamt für Statistik 1996 um 1,3%. Nach Abzug der Teuerung von 0,8% ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein **Reallohnzuwachs um 0,5%**. Damit ist die Reallohnabnahme von 0,5% im Jahr 1995 kompensiert worden. Seit 1993 ist das Lohnniveau insgesamt praktisch unverändert geblieben. Der Index der realen Löhne erhöhte sich 1996 für die Frauen um 0,6% und für die Männer um 0,4%. Während für das Büropersonal nur eine leichte Verbesserung der Saläre ermittelt wurde (+0,2%), stiegen die Löhne in den Bereichen Betrieb und Verkauf um je 0,7%. Bei gelerntem Personal verbesserte sich das Reallohnniveau etwas weniger stark (+0,4%) als bei den An- und Ungelernten (+0,6%). Nach Wirtschaftssektoren betrachtet erholten sich die Saläre im sekundären Sektor und im Dienstleistungssektor in etwa in dem Ausmass wie sie im Vorjahr gesunken waren.²²

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 22.07.1997
MARIANNE BENTELI

Gemäss einer Studie eines deutschen Wirtschaftsinstituts hat die Schweiz **in der verarbeitenden Industrie die zweithöchsten Lohnkosten der Welt** hinter Westdeutschland. Der direkte Entgelt, den die Schweizer Industriearbeiter mit durchschnittlichen Fr. 23.65 pro Stunde erhalten, fällt unter den 18 untersuchten Industrieländern ebenfalls am zweithöchsten aus (nach Dänemark mit 25.60 Fr.). Hinter Westdeutschland und der Schweiz folgen in der Rangliste der Länder mit den teuersten Arbeitskosten Norwegen, Belgien, Dänemark und Österreich. Die Studie widerlegte allerdings auch die oft vorgebrachte Behauptung, wonach die **Lohnnebenkosten** in der Schweiz im europäischen Vergleich besonders hoch seien. Während die Lohnnebenkosten in Westdeutschland etwa 45% der Arbeitskosten ausmachen, sind es in der Schweiz nur 34%. Einen noch höheren Anteil als Deutschland haben die anderen Nachbarländer der Schweiz: In Frankreich betragen die Lohnnebenkosten 48%, während dieser Anteil in Österreich leicht unter und in Italien knapp über 50% liegt.²³

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 19.08.1997
MARIANNE BENTELI

Die **Lohnrunde 1998** ging trotz wirtschaftlichen Lichtblicken ohne grosse Illusionen über die Bühne. Die gesamte **Lohnsumme** dürfte nach den Erwartungen der Konjunkturexperten **um rund 1% gestiegen** sein. Verlierer war einmal mehr das Staatspersonal, das in vielen Kantonen Abstriche hinnehmen musste. 15 Kantone beschlossen Lohnkürzungen zwischen 1% und 3%, nur gerade vier Kantone glichen die Teuerung aus. Gemäss Schweizerischem Gewerkschaftsbund (SGB) erhielt eine Mehrzahl der von ihr vertretenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenigstens die Teuerung ausgeglichen. Offen blieb die Lohnrunde in der Uhren- sowie der Maschinenindustrie. Die chemische Industrie gewährte im Durchschnitt Lohnsteigerungen von 1,3% bis 2%, die Banken und Versicherungen 1,5% bis 2%. Das Bundespersonal ging knapp an einem generellen Lohnabbau vorbei.²⁴

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 30.12.1997
MARIANNE BENTELI

Nach den Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) stieg der Nominallohnindex im Berichtsjahr um 0,5% gegenüber dem Vorjahr und erreichte 104,6 Punkte (1993: 100 Punkte). 1994 war der Nominallohn um 1,5%, 1995 und 1996 um je 1,3% gestiegen. Nach Abzug der Teuerung von 0,5% **stagnierten die Reallöhne 1997** verglichen mit dem Vorjahr. Unter dem Strich ergibt sich damit nach einem Rückgang um 0,5% 1995 und einer Zunahme um ebenfalls 0,5% 1996 ein seit drei Jahren unverändertes Reallohnniveau.²⁵

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Wie eine Untersuchung des BFS zeigte, privilegiert das Entlohnungssystem seit einigen Jahren eindeutig die **individuelle Leistung** zum Nachteil kollektiver Lohnanpassungen. Im Berichtsjahr wurden ungefähr zwei Drittel der über die Gesamtarbeitsverträge geregelten durchschnittlichen nominalen Effektivlohnerhöhungen nur zu einem Teil der Arbeitnehmenden nach dem Leistungsprinzip gewährt. Die Tendenz zu einer stärkeren Individualisierung zeichnete sich auch auf einer anderen Ebene ab. Wie das Beispiel der Banken und der chemischen Industrie in den Vorjahren gezeigt hat, verlagern sich die Lohnverhandlungen immer mehr in die einzelnen Unternehmen hinein.²⁶

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 21.07.1998
MARIANNE BENTELI

Eine weitere Untersuchung des BFS stützte die seit längerer Zeit gemachte Feststellung, dass die **Gesamtarbeitsverträge für die Lohnanpassungen immer irrelevanter** werden. Ausgehend von den Tarifverhandlungen im Herbst 1997 stellte das BFS fest, dass bei der Lohnpolitik dem **Leistungsprinzip eine zusehends stärkere Bedeutung** zukommt. Vier Fünftel der im Rahmen von GAV geregelten Erhöhungen des durchschnittlichen nominalen Effektivlohnes wurden in Form individueller Lohnerhöhungen gewährt, und zwar nach dem Mass der erbrachten Leistung. Im Bankensektor und in der chemischen Industrie beobachtete das BFS einen stärker werdenden Trend hin zu Lohnsystemen, die eine Beteiligung der Arbeitnehmenden am Unternehmenserfolg vorsehen. Diese Bonus-Zahlungen sind nicht in jedem Fall Bestandteil des Lohnes und führen nur zum Teil zu Beiträgen an die Sozialversicherungen.²⁷

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 05.12.1998
MARIANNE BENTELI

Die Bundesverwaltung liess in Zusammenarbeit mit dem BFS untersuchen, ob die vielfach vorgebrachte Behauptung, **Beamte würden mehr verdienen** als Angestellte in der Privatwirtschaft, tatsächlich stimmt. Die Untersuchung kam zum Schluss, dass die Differenzen in der globalen Lohnsumme primär auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen sind, also auf Ausbildung, Alter, Nationalität, Art der Arbeitsplätze, ausgeführte Tätigkeit sowie Konzentration auf städtische Agglomerationen. **Generell werden die Frauen in der Bundesverwaltung besser entlohnt** als in privaten Betrieben. Im Mittel verdienen sie 21% mehr als in der Privatindustrie. Gegenüber dem privaten Sektor gibt es vor allem Unterschiede bei den verschiedenen Lohnklassen. In der Privatwirtschaft beziehen 11% der Männer und 48% der Frauen einen monatlichen Bruttolohn von weniger als 4000 Fr. Im öffentlichen Sektor sind es nur 1,7% der Männer und 5% der Frauen.²⁸

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 26.05.1999
MARIANNE BENTELI

Wie eine Auswertung der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) zeigte, bestehen in der Schweiz deutliche (und angesichts der Durchlässigkeit des Arbeitsmarkts schwer erklärbare) **regionale Lohnunterschiede**. 1998 betrug so der mittlere Wert (Median) der monatlichen Brutto-Erwerbseinkommen der Vollzeitbeschäftigten in der Region Zürich 5920 Fr., im Tessin hingegen lediglich 4770 Fr. In der Ostschweiz entsprach der Median mit 5500 genau dem Landesdurchschnitt. Etwas weniger verdienen die Erwerbstätigen im zentralen Mittelland um Bern und in der Genfersee-Region (5420 bzw. 5440 Fr.), während das Median-Lohnniveau in der Nordwestschweiz mit 5730 Fr. deutlich über dem Landesdurchschnitt lag. Die SAKE-Daten wiesen zudem nach, dass die regionalen **Einkommensunterschiede sowohl in der Industrie wie im Dienstleistungssektor** in praktisch gleichem Ausmass feststellbar sind, es sich also nicht um strukturelle Unterschiede zwischen den Regionen handelt. Die Differenzen bleiben auch bestehen, wenn unterschiedliche Qualifikationsniveaus berücksichtigt werden.²⁹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 30.12.1999
MARIANNE BENTELI

Über die Entwicklung der Löhne im Berichtsjahr waren sich die Experten nicht einig. Gemäss den Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS) stiegen die Nominallöhne 1999 um 0,2%; bei einer Jahresteuierung von 0,8% ergibt dies einen **Reallohnverlust von 0,6%**. Das BFS stellte nur gerade in zwei Branchen eine Realloohnerhöhung fest (Gastgewerbe +1,2% und Banken +0,6%). Die grossen Verlierer waren die Arbeitnehmer in der Textilindustrie und der Telekommunikation (je -1,7%) sowie in der öffentlichen Verwaltung (-1,5%). Auffallend an den Zahlen des BFS war, dass Personen mit einer Berufslehre offenbar einen höheren Reallohnverlust hinnehmen mussten (-0,7%) als An- und Ungelernte (-0,1%).

Konjunkturfachleute widersprachen zum Teil diesem Bild. Sie bemängelten, die Daten des BFS beruhten auf Angaben der Versicherungswirtschaft, weshalb Löhne über 8900 Fr. nur als (möglicherweise zu tief angesetzte) Hochrechnung in die Aussage eingeflossen seien. Auch seien nur die Fixlöhne berücksichtigt worden, was angesichts der zunehmenden Bedeutung der Bonifikationen zu einer Verzerrung führe. Die Analyse des BFS trage der tendenziellen Verschiebung der Wirtschaft von niedrig auf höher bezahlte Sektoren nicht Rechnung, sondern messe die Löhne für Beschäftigten konstanter Natur. Zudem sei auch der Konsumentenpreisindex nicht über alle Zweifel erhaben; in den letzten Jahren habe er die effektive Teuerung um einige Promille überschätzt. Aufgrund dieser Korrekturfaktoren berechneten sie einen **Reallohnzuwachs von rund 0,5%**.³⁰

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2000
MARIANNE BENTELI

Im Berichtsjahr nahmen die Löhne gemäss **BFS** nominal um 1,3% zu, **verloren aber teuerungsbedingt real 0,3%**. Einzig der Agrarsektor legte real um 0,3% zu. Aufgeschlüsselt nach Branchen stiegen die Reallöhne bei den Versicherungen (+1,2%), den Banken (+0,7%) und den sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen überdurchschnittlich. Kaufkräfteinbussen mussten dagegen unter anderem die Beschäftigten im Unterrichtswesen (-0,9%), im Gastgewerbe (-0,9%) und im Gesundheits- und Sozialwesen (-0,1%) hinnehmen. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), die von anderen Daten ausgeht als das BFS (AHV- anstatt SUVA-Statistik), kam demgegenüber auch dieses Jahr zu höheren Werten. Gemäss **KOF** nahmen die Löhne nominal um 3,3% und **real um 1,7% zu**. Die Löhne der Schweizer **Topmanager** (ohne variable Lohnbestandteile wie Gewinnbeteiligungen und Aktiensparpläne) stiegen im Berichtsjahr nominal um **4,7%**.³¹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2001
MARIANNE BENTELI

Gemäss den Berechnungen des **BFS** stiegen die Nominallöhne 2001 um durchschnittlich 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der schwachen Inflationsrate machten die **Reallöhne** mit einem Plus von **1,5%** den grössten Sprung nach oben seit 1991. Die Lohnentwicklung profitierte vom deutlichen Konjunkturaufschwung im Jahr 2000 und den positiven Aussichten für 2001. Mit einem Plus von 2,7% verzeichnete der sekundäre Sektor ein kräftigeres Nominallohnwachstum als der tertiäre (+2,3%) und der primäre Sektor (+1,7%). Die bedeutendsten Steigerungen ergaben sich im industriellen Sektor bei der Herstellung elektrischer und elektronischer Geräte (+3,6) sowie in der chemischen Industrie (+3,0%). Im Dienstleistungssektor konnten die Branchen Versicherungsgewerbe (+3,6%) und Banken (+4,2%) klar überdurchschnittlich zulegen; unter der 2%-Marke blieb das Lohnwachstum hingegen im Gastgewerbe (+1,8%) sowie in der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheits- und Sozialwesen (je +1,5%). Die Konjunkturforschungsstelle der ETH (**KOF**), die von anderen Daten ausgeht als das BFS (AHV- anstatt SUVA-Statistik) kam demgegenüber auch dieses Jahr zu höheren Werten. Gemäss **KOF** nahmen die Löhne real um mindestens **2,4%** zu.³²

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2002
MARIANNE BENTELI

Da sich in den 90-er Jahren die **Lohnschere** in der Schweiz zwischen gut ausgebildeten und wenig qualifizierten Personen um 3,5% geöffnet hatte, liess das Seco in fünf Studien die Gründe dafür prüfen. Dabei zeigte sich, dass es der technische Fortschritt war, der die Lohnschere am meisten auseinander trieb. Auf den nächsten Plätzen figurierten der Wechsel von der Warenumsatz- zur Mehrwertsteuer, die Effekte der Globalisierung (Abbau der internationalen Handelshemmnisse und tiefere Transportkosten) sowie die Einwanderung niedrig qualifizierter Arbeitskräfte. Bei Berücksichtigung nicht des Lohns, sondern des verfügbaren Einkommens nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern, Krankenkassenprämien, Mieten) fällt die Differenz allerdings noch stärker aus. Ihr Einkommen halten oder ausbauen konnten in den 90-er Jahren nur die Bestverdienenden und die Rentnerinnen und Rentner.³³

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2002
MARIANNE BENTELI

Gemäss Berechnungen des **BFS** stiegen 2002 die Nominallöhne um durchschnittlich 1,8% gegenüber dem Vorjahr. Die Kaufkraft nahm dank der bescheidenen Inflationsentwicklung ebenfalls zu. Nach Abzug der Teuerung belief sich die **Realloohnerhöhung** noch auf **1,1%**. Damit stiegen die Reallöhne zum zweiten Mal in Folge – etwas, was es seit 1991/92 nicht mehr gegeben hatte. Im Vergleich zum Vorjahr (+1,5%) schwächte sich das Wachstum als Folge der Konjunkturverlangsamung aber ab. Das **Nominallohnwachstum** entwickelte sich **in allen Wirtschaftssektoren ähnlich**. Während der sekundäre Sektor eine Steigerung von 1,7% verzeichnete, ergab sich im tertiären Sektor ein Plus von 1,9%. Zu den „Gewinnern“ gehörten die Beschäftigten der chemischen Industrie (+2,6%) sowie des Maschinen- und Fahrzeugbaus (+2,2%), während im Bereich Bergbau/Energie- und Wasserversorgung (+0,7%) und im Papier-, Karton-, Verlags- und Druckgewerbe (+1,0%) unterdurchschnittliche Lohnerhöhungen gewährt wurden. Im Dienstleistungssektor schwang das Gastgewerbe (+3,2%) dank der Anpassung der Mindestlöhne obenaus. Überdurchschnittlich hoch war die Zunahme auch in der öffentlichen Verwaltung (+2,3), im Versicherungsgewerbe und in der Nachrichtenübermittlung (je +2,2%). Mit lediglich 1,7% Zuwachs mussten sich hingegen die in den letzten Jahren erfolgsverwöhnten Beschäftigten im Bankgewerbe zufrieden geben. Dennoch zahlte sich eine Beschäftigung im Finanz- und Versicherungswesen im langjährigen Vergleich aus. Zwischen 1993 und 2002 kletterten dort die Nominallöhne um rund 22% (Boni und Provisionen nicht mitgerechnet) – gesamtwirtschaftlich war der Zuwachs mit 11,5% nur halb so gross. Unterdurchschnittlich war die Zunahme hingegen im öffentlichen Sektor, wo die Gehälter nur um knapp 9% stiegen. Klammert man die

Teuerung aus, so fällt die Mehrjahresbilanz für die Arbeitnehmenden ernüchternd aus: gemäss BFS waren die Reallöhne 2002 nur um 3% höher als jene von 1993.³⁴

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2003
MARIANNE BENTELI

Gemäss Berechnungen des BFS stiegen im Berichtsjahr die Nominallöhne um durchschnittlich 1,4%. Damit verlangsamte sich der Anstieg nach dem Ausnahmejahr 2001 (+2,5%) erneut deutlich (2001: 1,8%). Unter Einbezug der Inflationsrate von 0,6% ergab sich bei den **Reallöhnen** eine Steigerung um **0,8%** (2002: 1,1%). Die Verlangsamung erklärte sich insbesondere durch die mangelnde konjunkturelle Dynamik sowohl auf schweizerischer als auch auf internationaler Ebene. Das Nominallohnwachstum betrug im sekundären Sektor 1,2% und im tertiären 1,6%. In der Industrie ergaben sich die höchsten Steigerungen in der Chemie (+1,7%) sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau (+1,4%). Die Lohnentwicklung verlief im **Dienstleistungsbereich** aufgrund dessen grosser Palette relativ unterschiedlich. Die tiefste Zunahme verbuchte das Unterrichtswesen mit 0,5%, die grösste das Gastgewerbe mit 2,7%. Dieser hohe Wert ergab sich hauptsächlich wegen der deutlichen Anhebung der gesamtarbeitsvertraglich festgelegten Mindestlöhne (+3,4%) in dieser Branche. Noch deutlicher als in den Vorjahren mussten die Beschäftigten der auf Finanzdienstleistungen spezialisierten Unternehmen starke Wachstumseinbussen hinnehmen. Unterdurchschnittliche nominale Lohnerhöhungen wurden im Versicherungsgewerbe (+1,0%), in den mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten (+0,9%) sowie im Bankensektor (+0,8%) festgestellt. Mehr als 2% betrug die Nominallohnerhöhungen in den Gruppen Immobilienwesen, Informatik, F+E, Dienstleistungen für Unternehmen (je +2,4%) und Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+2,3%) sowie in der Branche Gesundheits- und Sozialwesen (+2,2%).³⁵

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 29.04.2004
MARIANNE BENTELI

Laut den Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) stieg der Nominallohnindex im Jahr 2004 um durchschnittlich 0,9% gegenüber 2003. Unter Einbezug der Inflationsrate von 0,8% ergab sich bei den **Reallöhnen** eine Steigerung um **+0,1%**. In dieser mässigen Steigerung bestätigt sich ein seit 2002 anhaltender Trend: Die Nominallöhne wachsen immer langsamer. Wurden 2001 noch aussergewöhnliche +2,5% notiert, waren es 2002 noch +1,8% und 2003 +1,4%. Die Wachstumsverlangsamung im Jahr 2004 erklärt sich grösstenteils durch die schwache Konjunktur im Jahr 2003.

Die Nominallohnwachstumsraten der einzelnen **Wirtschaftssektoren drifteten 2004 auseinander**. Im sekundären Sektor wurden +0,6%, im tertiären Sektor hingegen +1,2% registriert. Mit +1,2% verzeichnete die chemische Industrie klar das höchste Nominallohnwachstum im sekundären Sektor. Da sich der Geschäftsgang im sekundären Sektor 2003 nur bescheiden entwickelte, verfolgten die Unternehmen 2004 eine zögerliche Lohnpolitik. Der tertiäre Sektor lag mit einer Nominallohnsteigerung von 1,2 Prozent leicht über der Lohnerhöhung der Gesamtwirtschaft. Die kräftigsten Wachstumsimpulse gingen hier von den Branchengruppen Immobilienwesen, Informatik; F+E; Dienstleistungen für Unternehmen (+1,8%), Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+1,9%) sowie von der Branche Nachrichtenübermittlung (+2,2%) aus. Demgegenüber kamen die auf Finanzdienstleistungen spezialisierten Unternehmen erneut unter dem Mittel des Sektors zu liegen. Diese Situation erklärt sich mit der allgemeinen Stagnation auf den Finanzmärkten sowie den 2003 unternommenen Restrukturierungen. Die geringste Nominallohnerhöhung verzeichnete die öffentliche Verwaltung mit +0,6%.³⁶

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 15.06.2004
MARIANNE BENTELI

Insgesamt haben sich in der Schweiz die Bruttoeinkommen in den Jahren 1990 bis 2001 um durchschnittlich 0,6% pro Jahr erhöht. Dies ergab eine Wohlstandstudie der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Je nach Alter, Lebensstandard und regionaler Herkunft der einzelnen Personen zeigte sich jedoch ein deutlich weniger einheitliches Bild. Überdurchschnittliche Einkommen wurden vor allem im Raum Zürich sowie in der Nordwestschweiz, in der Genferseeregion und in touristischen Hochburgen erzielt. In Gebieten mit eher ländlichem Charakter lag die Höhe der Einkommen im Schnitt um 20% unter dem Niveau der städtischen Gebiete. Wegen kontinuierlich angestiegener Zwangsabgaben war in den letzten Jahren der untere und obere **Mittelstand** der eigentliche **Verlierer**. Er verzeichnete zwischen 1990 und 2001 lediglich ein Einkommenswachstum von 0,5%, während die ärmeren und wohlhabenden Haushalte eine Zunahme von mindestens 1,0% erzielten. In den Jahren 1996 bis 2000 stiegen zudem vor allem die hohen Löhne überdurchschnittlich an, so dass sich die Lohnschere weiter öffnete.³⁷

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 09.11.2005
HANS HIRTER

Zu etwas höheren Zahlen beim Lohnwachstum kamen Studien der ETH Zürich und der Bank UBS. Die **Basislöhne** stiegen demnach im Berichtsjahr im Schnitt nominal um 1,5%; darin nicht enthalten sind Erhöhungen der für bestimmte Branchen und Tätigkeiten immer wichtiger werdenden Bonuszahlungen. Eine Analyse des Bundesamtes für Statistik, welche sich auf Lohnzahlungen des Jahres 2004 stützte, kam zum Schluss, dass der Anteil der zu **Tieflohnen** Beschäftigten (weniger als CHF 3'500 im Monat) am Total der Lohnempfänger seit dem Jahr 2000 von 21% auf 7% zurückgegangen ist. Die Gewerkschaften sahen darin im Wesentlichen das Resultat ihrer Kampagne für die Erhöhung der gesamtarbeitsvertraglich zugesicherten Mindestlöhne in typischen Tieflohnbranchen.³⁸

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2005
HANS HIRTER

Laut den Berechnungen des BFS stieg der Nominallohnindex im Jahr 2005 um durchschnittlich 1,0% gegenüber 2004. Unter Einbezug der Inflationsrate von 1,2% ergab sich bei den **Reallöhnen** eine **Reduktion um 0,2%**. Das im Vorjahr konstatierte Auseinanderdriften der Lohnwachstumsraten der einzelnen **Wirtschaftssektoren** zugunsten des Dienstleistungssektors hat sich nicht bestätigt: Im Berichtsjahr fiel der Anstieg im Sekundärsektor höher aus als im Tertiärsektor.³⁹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2006
MARIANNE BENTELI

Laut den Berechnungen des BFS stiegen die Nominallöhne im Jahr 2006 gegenüber 2005 total um 1,2%. Bezieht man die durchschnittliche Jahresteuern von 1,1% ein, resultierte daraus für die **Reallöhne** nahezu eine **Stagnation** (+0,1%). Dennoch wurde damit ein **Richtungswechsel** seit der letzten Erhöhung der Reallöhne im Jahr 2001 (+1,5%) eingeläutet. Die Zuwachsraten der Reallöhne war zwischen 2002 und 2004 nämlich kontinuierlich zurückgegangen (2002 1,1%, 2003 0,8% und 2004 0,1%) und hatte 2005 sogar einen Negativwert (-0,2%) erreicht. Die Nominallohnerhöhungen für die Gesamtwirtschaft entsprachen genau der nominalen Anpassung der Effektivlöhne, die im Rahmen der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge, denen knapp eine halbe Million Arbeitnehmende unterstellt sind, für 2006 ausgehandelt wurden. Mit 1,1% verzeichnete der sekundäre Sektor eine ähnliche durchschnittliche Nominallohnerhöhung wie im Jahr 2005 (+1,2%) und damit eine weitaus deutlichere als im Jahr 2004 (+0,6%). Der tertiäre Sektor registrierte eine durchschnittliche **Zunahme der Nominallöhne** um 1,2%, womit sich der im Vorjahr unterbrochene Trend der letzten Jahre zu höheren Lohnanpassungen im Dienstleistungssektor fortsetzte.⁴⁰

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2006
MARIANNE BENTELI

Ebenfalls gemäss Angaben des BFS beschlossen die Sozialpartner der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge (GAV) für **2007** im Mittel **nominale Lohnerhöhungen von 2%**. Davon wurden 1,3% generell und 0,7% individuell zugesichert. Damit wurde erstmals seit fünf Jahren die 2%-Grenze erreicht. Die Mindestlöhne wurden durchschnittlich um 2,9% angehoben. Die nominale Mindestlohnerhöhung gehört mit jener von 2001 (+2,9%) und 2002 (+2,6%) zu den höchsten der vergangenen zehn Jahre. Bei den öffentlich-rechtlichen GAV lagen die durchschnittlichen Lohnanpassungen bei 2,9%, während es bei den privatrechtlichen 1,8% waren.⁴¹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 14.11.2007
MARIANNE BENTELI

Gemäss der alle zwei Jahre vom BFS durchgeführten Lohnstrukturhebung erhöhte sich der **Medianmonatslohn** (Lohn, der von mindestens 50% der Erwerbstätigen erreicht oder übertroffen wird) von 2004 bis 2006 um CHF 126 auf **CHF 5'674**. Verbessert haben sich insbesondere die Saläre der Tieflohngruppen sowie, am anderen Extrem der Lohnskala, die Bezüge des oberen und obersten Kaders. Die höchsten Löhne (inkl. Boni) werden weiterhin bei den Banken und den Versicherungen bezahlt und die Lohndivergenz zwischen den Geschlechtern hat sich von 19,7% auf 18,9% verringert.⁴²

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2007
MARIANNE BENTELI

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Nominallöhne um 1,6%. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung (0,7%) betrug das **reale Lohnwachstum 0,9%**. Damit machte sich der 2004 eingesetzte Konjunkturaufschwung erstmals bei den teuerungsbereinigten Salären der Arbeitnehmenden bemerkbar. Das BFS nannte zwei Gründe für den Anstieg der Reallöhne: Die gute Wirtschaftslage 2007 und die allgemein positiven Aussichten für 2008. Im Durchschnitt stieg die Gesamtheit der Nominallöhne stärker als die zuvor im Rahmen der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge ausgehandelten Löhne, die ein Plus von 1,3% erwarten liessen. Überdurchschnittlich war die Steigerung im Bausektor (+1,7%), in der chemischen Industrie (+2,2%) sowie im Bereich Präzisionsinstrumente

und Uhren (+1,6%). Im Dienstleistungssektor wurde der durchschnittliche Nominallohn (+1,7%) vor allem durch die Steigerung im Finanzsektor nach oben gedrückt. Die Löhne im Kredit- und Versicherungsgewerbe stiegen um 2,4%. Unterdurchschnittlich waren hingegen die Anstiege in den Bereichen Gesundheit (+1,4%) und Gastgewerbe (+1,1%).⁴³

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2008
MARIANNE BENTELI

Gemäss den Angaben des BFS stieg der **Nominallohnindex** 2008 um 2,0% gegenüber 2007. Damit setzte sich der **stetige Anstieg seit 2005** fort. Die Löhne profitierten vom kräftigen Wirtschaftswachstum, das 2007 sowohl den sekundären als auch den tertiären Sektor geprägt hatte.

Der tertiäre Sektor verbuchte im Jahr 2008 eine Erhöhung der Nominallöhne um 2,1%; dies war mehr als 2007 (+1,7%) und 2006 (+1,2%). Im sekundären Sektor wuchsen die Nominallöhne 2008 weniger stark; das Plus von 1,8% war jedoch ebenfalls grösser als in den beiden Jahren zuvor (2007: +1,5%; 2006: +1,1%). Die Finanzgesellschaften und die exportorientierten Branchen trugen 2007 wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei und verbuchten 2008 Spitzenwerte bei den Lohnerhöhungen. Zu nennen sind das Kreditgewerbe (+2,4%), das Versicherungsgewerbe (+2,3%), die Chemiebranche (+2,1%) sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau (+2,0%). Aber auch die Binnennachfrage trug zum guten Konjunkturverlauf bei. Diesbezüglich warteten der Grosshandel (+2,6%) und die öffentliche Verwaltung (+2,5%) mit den grössten Lohnerhöhungen auf.

Unter Einbezug der Teuerung von 2,4% ergab sich allerdings bei den Reallöhnen eine Abschwächung um 0,4%, welche in erster Linie auf die markante Erhöhung der Erdölpreise zurückzuführen ist.

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2009
NATHALIE GIGER

Das Bundesamt für Statistik (BFS) berechnete für das Jahr 2009 einen durchschnittlichen Anstieg des **Nominallohnindex** von **2,1%**. Dies bedeutete die stärkste Zunahme der vergangenen acht Jahre und setzte die seit 2005 zu beobachtende regelmässige Erhöhung des Lohnniveaus fort. **Im tertiären Sektor war die Nominallohnerhöhung mit durchschnittlich 2,0% ähnlich hoch wie im Vorjahr und damit unter dem Wachstum der Löhne im sekundären Sektor (+2,3%).** Dieses Plus ist trotz eines leichten Wachstumsrückgangs die stärkste Nominallohnerhöhung der letzten Jahre (2008: +1,8%, 2007: +1,5%). Die wichtigsten Exportbranchen des sekundären Sektors profitierten auch im Jahr 2009 von den höchsten Lohnanpassungen. Zu nennen sind die Herstellung von elektrischen und elektronischen Geräten (+3,1%), die Herstellung von medizinischen Geräten, Präzisionsinstrumenten und Uhren (+2,7%), der Maschinen- und Fahrzeugbau (+2,6%) und die Chemie (+2,5%). Im tertiären Sektor spürten die auf Finanzdienstleistungen spezialisierten Unternehmen die direkten Folgen der Finanzkrise und wiesen ein Lohnwachstum unter dem Durchschnitt aus. Es sind dies insbesondere mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten (+2,0%), das Kreditgewerbe (+1,8%) sowie das Versicherungsgewerbe (+1,4%). Die negative Jahresteuern von -0,5% führte dazu, dass die Reallöhne um 2,6% stiegen. Dies bedeutete eine klare Trendwende im Vergleich zu den vergangenen Jahren in denen das Wachstum der Reallöhne nur zwischen -0,4% und 1,5% betrug. Der Medianmonatslohn (Lohn, der von mindestens 50% der Erwerbstätigen erreicht oder übertroffen wird) stieg in der Schweiz im Jahr 2008 auf 5823 Fr. wie das BFS in seiner alle zwei Jahre durchgeführten Lohnstrukturhebung berichtete. Die Untersuchung zeigte auch zunehmende Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Branchen auf. Deutlich über dem Schweizer Medianlohn lagen die Saläre in der chemischen Industrie (7774 Fr.), im Bereich Forschung und Entwicklung (8061 Fr.) und bei den Banken (9127 Fr.). Um unteren Ende der Skala befanden sich die Löhne im Textilsektor (5026 Fr.), bei der Herstellung von Lederwaren und Schuhen (4259 Fr.) und bei den persönlichen Dienstleistungen (3683 Fr.). Insgesamt hielt sich die Entwicklung der Lohnungleichheit jedoch in Grenzen.⁴⁴

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.2010
NATHALIE GIGER

Gemäss den Angaben des BFS stiegen die **Nominallöhne 2010** um 0,8% gegenüber 2009. Mit dieser sehr geringen Erhöhung (geringster Anstieg seit 1999) wird der Trend der letzten Jahre gebrochen (2008: +2,0%, 2009: +2,1%). Dieser abrupte Rückgang des Lohnwachstums ist auf die seit 2009 andauernde Wirtschaftskrise und die auf sehr niedrigem Niveau gehaltene Inflation zurückzuführen.

Im tertiären Sektor war die Nominallohnerhöhung mit durchschnittlich 0,9% deutlich tiefer als im Vorjahr (2009: +2,0%). Die gleiche Tendenz war im sekundären Sektor spürbar; hier betrug das Wachstum der Löhne +0,6% (2009: +2,3%). Am geringsten fiel der Lohnzuwachs bei den stark exportorientierten Wirtschaftszweigen aus: Die Lohnsteigerung betrug bei der Textilindustrie nur 0,2% und beim Handel mit

Automobilen 0,3%. Besser ging es der chemischen Industrie, die auf einen Zuwachs von 1% kam. Für diesen Industriezweig ist dies jedoch das tiefste Lohnwachstum seit 1999.

Die Finanzmärkte hatten weiterhin unter den Auswirkungen der Finanzkrise zu leiden. Dennoch wies der Bankensektor die stärkste Lohnentwicklung aller Wirtschaftszweige auf (+1,5%), was jedoch ebenfalls einen markanten Rückgang gegenüber den Vorjahren darstellt (2009: +1,8%, 2008: +2,4%). Auch die Versicherungen und die mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten lagen mit einem Lohnwachstum von 1,0% leicht über dem Durchschnitt.

Die Reallöhne erhöhten sich in der Schweiz im Berichtsjahr nur leicht (+0,1%). Diese Quasi-Stagnation ergibt sich daraus, dass sich der mässige Nominallohnanstieg (+0,8%) und die Teuerung (+0,7%) praktisch die Waage hielten. Diese Entwicklung unterscheidet sich deutlich vom Vorjahr, in dem ein aussergewöhnliches Reallohnwachstum von 2,6% verzeichnet worden war.⁴⁵

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 31.12.2011

LAURENT BERNHARD

D'après les calculs de l'Office fédéral de la statistique (OFS), les salaires nominaux ont augmenté en moyenne de 1,0% en 2011. Cette hausse, légèrement supérieure à celle observée en 2010 (+0,8%), est restée cependant en net recul par rapport à 2008 (+2,0) et 2009 (+2,1%). Les incertitudes liées à la crise économique et financière ainsi qu'un taux d'inflation très bas ont donné lieu à une certaine modération salariale. Les services et l'industrie ont tous deux également connu une croissance des salaires nominaux de 1,0%. Parmi les branches du secteur tertiaire, ce sont les activités informatiques et des services d'information (+2,5%) et de l'assurance (+2,3%) qui ont le plus fortement contribué à cette hausse. A l'autre bout de l'échelle, l'administration publique ainsi que l'hébergement et la restauration ont stagné (0,0%). Quant aux services financiers, ils ont enregistré une progression salariale de 1,1%, ce qui est très inférieur aux augmentations accordées avant la crise de 2008. Pour ce qui est des branches du secteur secondaire, les salaires de la chimie et de la pharmacie ont progressé de 1,4% et ceux de la fabrication des machines et équipements de 1,1%.

En 2011, les **salaires réels ont enregistré une progression de 0,7%**. Ce chiffre découle d'une augmentation des salaires nominaux (+1,0%), conjuguée à un taux d'inflation de l'ordre de 0,2%. Les salaires réels ont connu, au niveau de l'ensemble des branches économiques, une hausse sensible par rapport à l'année précédente (+0,1%).⁴⁶

ÉTUDES / STATISTIQUES

DATE: 31.12.2012

LAURENT BERNHARD

D'après les calculs de l'Office fédéral de la statistique (OFS), les **salaires nominaux ont augmenté en moyenne de 0,8%** en 2011. Cette hausse a été légèrement inférieure à celle observée en 2011 (+1,0%). Il est à relever que la quasi-totalité des branches économiques a bénéficié de cette augmentation. Avec un taux de 2,4%, c'est le domaine de l'hébergement et de la restauration qui a affiché la progression salariale la plus élevée durant l'année sous revue. Cette forte hausse est due à l'augmentation de 2,9% des salaires minimaux et à la généralisation du treizième salaire pour tous les salariés soumis à la convention collective de travail en 2012. Viennent ensuite la branche des arts, spectacles et activités de services (+1,7%), celle des activités de poste et courrier (+1,5%) et le domaine des assurances (+1,5%). A l'autre bout de l'échelle, les branches du commerce et réparation d'automobiles et de motocycles (0%), des activités informatiques et services d'information (+0,2%) et de santé, hébergement médico-social et action sociale (+0,3%) ont enregistré les taux de progression les plus bas. La hausse des salaires dans le domaine des activités des services financiers et des activités auxiliaires de services financiers ne s'est établie qu'à 0,7%, reflétant ainsi les insécurités qu'a connues le secteur bancaire depuis la crise de 2008. Quant au commerce de détail, il a affiché une hausse moyenne de 1,1% contre 1,7% en 2011. Pour ce qui est du secteur secondaire, le taux de croissance des salaires s'est globalement élevé à 0,7%, une progression inférieure à celle enregistrée l'année précédente (+1,0% en 2011). Toujours dans le domaine secondaire, les salaires nominaux ont le plus fortement progressé dans les branches de la chimie et de la pharmacie (progression nominale de 1,4% comme en 2011) ainsi que dans la fabrication des machines et équipements (+0,9%). Compte tenu d'un taux d'inflation annuel négatif (-0,7%), les **salaires réels ont enregistré une progression de 1,5%**. Il s'agit de la plus forte hausse du pouvoir d'achat des salaires depuis 2010.⁴⁷

D'après les calculs de l'Office fédéral de la statistique (OFS), les **salaires nominaux ont augmenté en moyenne de 0,7%** en 2013 par rapport à 2012. Cette hausse a été très légèrement inférieure à celle observée l'année précédente (+0,8%). Le secteur tertiaire a enregistré dans son ensemble une croissance des salaires nominaux de 0,8%. Les branches des activités spécialisées, scientifiques et techniques (+2,0%) ainsi que des activités informatiques et services d'information (+1,7%) ont affiché les plus fortes hausses. Viennent ensuite la branche du commerce de détail (+1,1%), celle de l'administration publique (+1,1%) et celle des activités des services financiers et des activités auxiliaires de services financiers et d'assurance (+1,0%). Au bas de l'échelle, les salaires nominaux des branches du commerce de gros (0,0%) et des arts, spectacles et activités récréatives et autres activités de services (0,0%) n'ont quant à eux pas bougé. Pour ce qui est du secteur secondaire, le taux de croissance s'est élevé à 0,7%. Tout comme le secteur tertiaire, le secteur industriel s'est caractérisé par de fortes disparités. Globalement, c'est dans les branches exportatrices que les hausses des salaires nominaux les plus importantes ont été enregistrées. Ainsi, la fabrication des machines et équipements a connue la croissance la plus conséquente (+1,6%), suivie de l'industrie chimique et pharmaceutique (+1,0%) et de la fabrication de produits informatiques, électroniques, optique et horlogerie et d'équipements électriques (+1,0%). Les branches des industries extractives, production et distribution d'énergie et d'eau (0,0%) et des industries alimentaires et du tabac (0,0%) ont en revanche subi une stagnation. Grâce à un taux d'inflation annuel négatif de l'ordre de -0,2%, les **salaires réels ont enregistré une progression de 1,0%**. L'OFS observe que, durant la période de 2009 à 2013, le pouvoir d'achat a augmenté de 1,2% en moyenne annuelle.⁴⁸

Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Statistik (BFS) stiegen 2014 die **Nominallöhne in der Schweiz** durchschnittlich um 0,8%. Die Zunahme lag damit knapp über dem Wert des Vorjahrs (0,7%). Im sekundären Sektor war die Nominallohnzunahme im Jahr 2014 mit 0,8% leicht höher als in den beiden Vorjahren (je 0,7%). Die markantesten Zunahmen im zweiten Sektor verzeichneten die Gummi und Kunststoff verarbeitende Branche (1,8%) und die Hersteller von elektronischen und optischen Erzeugnissen, Uhren und elektrischen Ausrüstungen (1,5%). Neben der Holz-, Papier- und Druckbranche (0,2%) hatte das Baugewerbe und der Bergbau (je 0,5%) die geringsten Anstiege zu verzeichnen. Im tertiären Sektor war die Nominallohnzunahme mit 0,7% leicht hinter dem Vorjahresergebnis (0,8%) zurückgeblieben. Die Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche (2,5%) sowie der Bereich Erziehung und Unterricht (1,6%) trugen 2014 am stärksten zu den Lohnsteigerungen des dritten Sektors bei. Auf der anderen Seite schrumpften im Bereich des Verkehrs und der Lagerei die Nominallöhne um durchschnittlich 0,7%. Im Gesundheits- und Sozialwesen haben sich 2014 die Löhne mit einer durchschnittlichen Zunahme um 0,1% gesamthaft kaum verändert. Aufgrund einer Nullsteuerung nahmen die Reallöhne 2014 wie die Nominallöhne um 0,8% zu. Beide Werte lagen genau im Fünfjahresmittel.⁴⁹

Die **Nominallöhne** sind in der Schweiz gemäss den Berechnungen des Bundesamts für Statistik (BFS) **2015** um 0,4% gestiegen. Dies entsprach dem tiefsten Wert seit 1999. Im Vorjahr hatte das Wachstum noch 0,8% betragen. Unter Einbezug der negativen Jahreststeuerung von 1,1% ergab sich bei den Reallöhnen ein Anstieg von 1,5%. Die stärkste Zunahme bei den Nominallöhnen (+1,2%) verzeichneten im Industriesektor die Branchen, die sich mit der Herstellung von Möbeln und der Herstellung und Bearbeitung von Metallerzeugnissen beschäftigten. Auch in der Chemie- und Pharmabranche (+1,1%) stiegen die ausbezahlten Löhne 2015 überdurchschnittlich an. Ein Rückgang in den Nominallöhnen wurde bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und von nichtmetallischen Produkten (-0,7%) festgestellt. Im tertiären Sektor, der im Vergleich zum Industriesektor (0,5%) einen schwächeren Nominallohnanstieg (0,3%) vorzuweisen hatte, stiegen die Löhne bei den Post- und Kurierdiensten (1,1%), in der Unterrichtsbranche (0,8%) und beim Detailhandel und den Finanzdienstleistungen (0,7%) am stärksten an. Im Bereich der Informationsdienstleistungen (-0,1%) sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (-0,2%) wurden indes Nominallohneinbussen registriert. Anders als die Nominallöhne bewegte sich die Reallohnentwicklung leicht über dem Mittel der letzten fünf Jahre.⁵⁰

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 01.03.2014
DIANE PORCELLANA

Relations collectives du travail

L'OFS, dans le cadre de son **enquête sur les conventions collectives de travail (CCT) 2014**, répertorie les conventions collectives selon le type, le champ d'application, le nombre d'assujettis, le secteur économique et la branche. Au 1er mars 2014, il existe 211 CCT d'associations et 391 CCT d'entreprises, ce qui représente plus de 1'975'100 travailleurs assujettis. Depuis le début de l'enquête en 1994, le nombre de travailleurs ne cesse de croître. En terme de champ d'application, seules 73 conventions sont déclarées étendues. Elles s'appliquent donc à l'ensemble des employeurs et des travailleurs actifs dans le domaine économique et géographique sur lequel la convention porte.

Trois conventions collectives de travail englobent plus de 100'000 et plus assujettis, 32 entre 10'000 et 99'999 personnes et 567 en-dessous de 10'000 individus.

Le secteur tertiaire totalise le plus grand nombre de conventions, à savoir 368. Le secteur secondaire dénombre 224 conventions et le secteur primaire 5. En ce qui concerne les 76 contrats-types de travail (CTT), 32 sont avec des salaires minimaux, 6 de portée nationale. Le secteur primaire comptabilise 33 CTT, tous dans le domaine de l'agriculture, de la sylviculture et de la pêche. Le secteur secondaire possède 2 CTT, dans l'industrie manufacturière. Finalement, 41 sont dans le secteur tertiaire. C'est le secteur des activités des ménages qui en dénombre le plus avec 28.⁵¹

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 12.11.2015
DAVID ZUMBACH

Gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik (BFS) haben die Sozialpartner der Gesamtarbeitsverträge (GAV) 2015 eine nominale **Effektivlohnerhöhung** von 0,8% beschlossen. Unter Einbezug der negativen Teuerung rechnete das BFS mit einer Zunahme der Reallöhne **im GAV-Bereich** um 1,9%. Die GAV-Mindestlöhne wurden 2015 wie bereits im Vorjahr um 0,7% angehoben. Am stärksten stiegen die nominalen GAV-Löhne 2015 in der Textilbranche (+2,3%) und im Bereich der Telekommunikation (+1,7%). Beim Maschinen- und Fahrzeugbau verharrten die Nominallöhne dagegen auf dem Niveau des Vorjahres. Auffallend war, dass zum dritten Mal in Folge mehr als die Hälfte der für Lohnerhöhungen bestimmten Lohnsumme für individuelle Erhöhungen verwendet wurde. 2015 wurden nur 35% der Lohnsumme gleichmässig an die betroffenen Personen verteilt. Von den gesamtarbeitsvertraglichen Lohnabschlüssen waren 2015 gemäss BFS rund 1'176'200 Personen betroffen.⁵²

Assurances sociales

Assurance-vieillesse et survivants (AVS)

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 05.11.2019
ANJA HEIDELBERGER

Anfang November 2019 erschien der **Länderbericht der OECD zur Schweiz**. Darin lobte die Organisation einerseits die Lage der Schweizer Wirtschaft und verwies darauf, dass die Schweiz das dritthöchste BIP pro Kopf aller OECD-Staaten aufweise. Sorge bereitete den Berichtautorinnen und -autoren hingegen unter anderem die Alterung der Bevölkerung: Man müsse die Herausforderungen des demografischen Wandels und der alternden Gesellschaft angehen, wurde betont. Heute ermögliche das Rentensystem zwar noch ein angemessenes Einkommen im Ruhestand, Reformen seien aber nötig, zumal der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen bald 30 Prozent betragen und damit höher liegen werde als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Gefordert wurden im Bericht entsprechend in einem ersten Schritt die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer, in einem zweiten Schritt die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und schliesslich die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die berufliche Vorsorge wiederum solle durch eine Senkung des Umwandlungssatzes und durch dessen flexiblere Anpassung per Verordnung reformiert werden. Des Weiteren sei eine Reduktion der Lohnzulagen für ältere Arbeitnehmende nötig, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.⁵³

Groupes sociaux

Femmes et politique de parité

ÉTUDES / STATISTIQUES
DATE: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Berufstätige Frauen in der Schweiz **verdienen durchschnittlich 23% weniger als Männer**. Knapp die Hälfte des Lohngefälles ist dabei nicht mit geschlechtsspezifischen Unterschieden in Bildung und Berufserfahrung zu erklären und somit **Folge effektiver Lohndiskriminierung**. Zu diesem Schluss gelangte eine Nationalfonds-Studie der Universität Bern. Neben der direkten Diskriminierung könnten für die Unterschiede auch eine unterschiedliche Beförderungspraxis und ein erschwerter Zugang zu gutbezahlten Stellen für Frauen eine Rolle spielen. Ebenfalls untersucht wurde der **Einfluss von Zivilstand und Mutterschaft** auf die Frauenlöhne. Sowohl verheiratete und geschiedene Frauen als auch Frauen mit Kindern schnitten schlechter ab als ledige und kinderlose.⁵⁴

- 1) Lit. Sciarini et al. (2017) Studie über das Einkommen und den Arbeitsaufwand der BundesparlamentarierInnen; AZ, BZ, BaZ, Blick, CdT, LT, Lib, NZZ, SGT, TA, 24.5.17
- 2) LT, 2.4.05; 24h, 29.6.05.
- 3) Presse vom 4.5., 21.5. und 27.5.11.
- 4) Lit. BfS; Presse vom 22.7.92.
- 5) BZ, 11.10.00.2
- 6) Lit. Ecoplan; Presse vom 6.2.04.
- 7) Communiqué de presse SECO 3.7.18; Rapport SECO du 3.7.18
- 8) Communiqué de presse SECO du 1.7.19; Rapport SECO du 1.7.19; LT, 2.7.19
- 9) Presse vom 31.8.90; BZ, 22.9.90 und 12.4.91; SGT, 3.11. und 5.11.90; Bund, 29.11.90; TA, 19.12.90; Presse vom 13.7.91.
- 10) Presse vom 9.1. und 8.6.91; TA, 15.6.91; Presse vom 13.7.91; Presse vom 10.1. und 25.3.92; F. Revaz, "Anstieg der Reallohne – Rückgang der betriebsüblichen Arbeitszeit 1991", in Die Volkswirtschaft, 65/1991, Nr. 5, S. 45 ff.
- 11) SMUV; Presse vom 29.5.91; VO, 13.6.91. KVS; Presse vom 4.7.91.
- 12) F. Revaz, "Reallohnzuwachs im Jahre 1992", in Die Volkswirtschaft, 66/1993, Nr. 4, S. 55 ff.; M. Wiesendanger Martinovits, "Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse für 1993", in Die Volkswirtschaft, 66/1993, Nr. 6, S. 51 ff.; Presse vom 23.12.92.
- 13) F. Revaz / R. Rietschin, "Piloterhebung zur Lohnstruktur im Kanton Genf", in Die Volkswirtschaft, 65/1992, Nr. 12, S. 59 ff.; I. Krummenacher, "Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Auswertungen von Daten aus dem Kanton Genf", in Die Volkswirtschaft, 66/1993, Nr. 4, S. 37 ff. Für die weitere Entwicklung im Bereich der Lohnstatistik siehe I. Krummenacher, "Modernisierung der Lohn- und Gehaltserhebung vom Oktober (LOK)", in Die Volkswirtschaft, 65/1992, Nr. 9, S. 58 ff.
- 14) Presse vom 5.1.93.
- 15) TA, 7.10.93; Presse vom 28.12.93.
- 16) F. Revaz, "Reallohnrückgang im Jahre 1993", in Die Volkswirtschaft, 67/1994, Nr. 4, S. 47 ff.
- 17) F. Revaz, "Lohnentwicklung 1994", in Die Volkswirtschaft, 68/1995, S. 40 ff. Siehe SPJ 1993, S. 194.; M. Wiesendanger Martinovits, "Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse für 1994", in Die Volkswirtschaft, 67/1994, Nr. 6, S. 26 ff.
- 18) Presse vom 9.6.95.
- 19) SHZ, 9.3.95; Presse vom 7.9.95.
- 20) Presse vom 23.12.95.
- 21) Die Volkswirtschaft, 69/1996, Nr. 4, S. 13* f.; M. Wiesendanger Martinovits, "Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse für 1995", in Die Volkswirtschaft, 68/1995, Nr. 6, S. 45 ff.; M. Curti, "Stabile Löhne bei sinkender Beschäftigung", in Die Volkswirtschaft, 69/1996, Nr. 5, S. 60 ff.
- 22) Die Volkswirtschaft, 70/1997, Nr. 5, S. 21. Siehe SPJ 1995, S. 219.
- 23) Presse vom 22.7.97.
- 24) Presse vom 4.8 und 19.8.97.
- 25) Die Volkswirtschaft, 71/1998, Nr. 6, S. 39. Siehe SPJ 1996, S. 227.
- 26) Die Volkswirtschaft, 70/1997, Nr. 11, S. 47.
- 27) NZZ, 21.7.98.
- 28) Presse vom 5.12.98.
- 29) NZZ, 26.5.99.
- 30) Presse vom 19.5.00.
- 31) Presse vom 20.6.01. Zu der Frage, ob sich die Lohnschere in den letzten Jahren geöffnet hat oder nicht, siehe Lit. Küng; NZZ, 5.7.00; Bund, 27.7.01; BZ, 22.9.00.18
- 32) Presse vom 12.4.02. Die KOF erklärte, aufgrund neuester Informationen müsse ihre Rechnung sogar noch um etwa einen Prozentpunkt nach oben korrigiert werden. 13
- 33) Presse vom 27.8.02.
- 34) Presse vom 25.4.02. Siehe SPJ 2001, S. 170. Gemäss einer Auswertung des BFS erhielten 2002 jene 450 000 Beschäftigten, die einem der 31 bedeutendsten GAV unterstellt sind, einen um 2,5% höheren Nominallohn als 2001 (Presse vom 19.6.02).
- 35) Presse vom 25.5.04. Zur Lohnstrukturhebung 2002 des BFS siehe Presse vom 19.11.03.
- 36) Presse vom 29.4.04
- 37) Presse vom 15.6.04.
- 38) Bund, 1.11.05.; Lib. und TA, 9.11.05.
- 39) Die Volkswirtschaft, 2006, Nr. 7/8, S. 91 f.
- 40) Presse vom 1.5.07
- 41) Presse vom 14.7.07.
- 42) Presse vom 14.11.07.
- 43) Presse vom 30.4.08.
- 44) SZ, 18.11.09; AZ, BaZ und NZZ, 21.11.09.
- 45) TA und NZZ, 8.4.11.
- 46) Communiqué de l'OFS du 27.4.2012.
- 47) Communiqué de l'OFS du 29.4.13.
- 48) Communiqué de l'OFS du 26.5.14.
- 49) Medienmitteilung BFS vom 30.4.15
- 50) Medienmitteilung BFS vom 22.4.16
- 51) OFS (2016). Résultats de l'enquête sur les conventions collectives de travail 2014
- 52) Medienmitteilung BFS vom 12.11.15
- 53) OECD Wirtschaftsbericht Schweiz; Blick, NZZ, TA, 5.11.19
- 54) Lit. Bonjour. Siehe SPJ 1996, S. 281.